

Aus dem Gemeinderat – Sitzungsbericht vom 23.04.2015

Vergangene Woche tagte der Gemeinderat, nachstehend folgt die Sitzungszusammenfassung.

Anpassung der Kindergarten- und Krippengebühren

Im Dezember 2014 haben sich die Vertreter des Gemeindetags, des Städtetags und der Kirchen auf eine Erhöhung der Elternbeiträge für das kommende Kindergartenjahr verständigt. Durch die Erhöhung sollen die Elternbeiträge 20 % der Betriebsausgaben abdecken. Die Verwaltung hat deshalb vorgeschlagen, die Kindergarten- und Krippengebühren ab 01.09.2015 zu erhöhen. Einstimmig stimmte der Gemeinderat der Gebührenerhöhung zu. Die Beträge werden an anderer Stelle im Mitteilungsblatt veröffentlicht.

Kindergartenbedarfsplan 2015

Die Verwaltung muss für das Jugendamt regelmäßig die aktuellen Einwohnerentwicklungen insbesondere im Kleinkindbereich aufzeigen und den Bedarfsplan für den Kindergarten entsprechend festlegen. Die Verwaltung erläuterte, dass in vergangenen Jahren erfreulicherweise wieder ansteigende Kinderzahlen festzustellen seien, so dass die Gruppen in der Zeller Einrichtung gefüllt sind. Der Zeller Kindergarten verfügt aktuell über 4 Kindergartengruppen und 2 Krippengruppen mit insgesamt 118 Plätzen. Die Gruppen werden als Regelgruppe, als VÖ-Gruppe (mit durchgehender Öffnungszeit) und als Ganztagesgruppe geführt. Im Krippenbereich werden beide Gruppen mit durchgehenden Öffnungszeiten als sogenannte VÖ-Gruppen angeboten. In den vergangenen Jahren wurden die verschiedenen Betreuungsmodule ausgebaut, unlängst wurden bei den Krippengruppen eine zusätzliche halbe Stunde am Vormittag bzw. im Mittagsbereich angehängt. Dem Gemeinderat wurden die aktuellen Belegungszahlen bis zu den Sommerferien aufgezeigt. Mit den Sommerferien verlassen 31 Kinder die Einrichtung, so dass im September die Gruppen etwas kleiner sind diese aber sich im Lauf des Kindergartenjahrs 2015/2016 deutlich füllen werden, da mit dem Geburtsjahr 2013 ein großer Jahrgang zur Aufnahme ansteht. Betont wurde, dass die Nachfrage an Ganztagesplätzen sehr groß ist und dort eventuell Handlungsbedarf besteht. Weiter wurde vorgetragen, dass 2014 insgesamt 29 Kinder auswärts betreut wurden, bedingt durch den Wunsch zu einer anderen Pädagogik z.B. Waldorfpädagogik oder die auswärtige Berufstätigkeit der Eltern. Die auswärtige Betreuung bringt den Vorteil für die Gemeinde, dass die Zeller Einrichtung mit den aktuellen Gruppen ausreicht. Die Gemeinde hat im vergangenen Jahr 40.000 € an auswärtige Kommunen für die Betreuung der Zeller Kinder bezahlen müssen, im Gegenzug über 7.000 € für auswärtige Kinder die in der Zeller Einrichtung betreut wurden, erhalten. Zusammengefasst müsse man sagen, dass mit diesem Betrag keine zusätzliche Gruppe betrieben werden könne. Einstimmig wurde vom Gemeinderat der Kindergartenbedarfsplan zur Kenntnis genommen.

Feuerwehrbedarfsplanung

Einführend erläuterte BM Link, dass die Zeller Feuerwehr den Feuerwehrbedarfsplan selber erarbeitet und mit dem Kreisbrandmeister abgestimmt habe. Er zeigte sich erfreut darüber, dass die Zeller Feuerwehr mit der Führungsriege komplett vertreten war und zeigte sich sehr zufrieden über die gute Arbeit der Feuerwehr. Andere Gemeinden hätten hierfür externe Berater hinzugezogen verbunden mit erheblichen Kosten. Er lobte die Arbeit der Wehr. Im Anschluss stellte der stv. Kommandant Steffen Renz den Feuerwehrbedarfsplan vor. Sinn und Zweck dieses Plans sei, die Ausstattung und Ausrüstung der Wehr mittelfristig zu planen und zu organisieren.

Betrachtet wurden die Einsätze der Jahre 2000 - 2013 mit insgesamt 181 Fällen. 77 dieser waren zeitkritisch, was heiße, Menschenleben waren in Gefahr. Bei den Einsätzen handelte es sich um 53 Vollalarme bei denen alle Feuerwehrangehörigen alarmiert wurden. Durchschnittlich waren sie tagsüber nach 8 Minuten nach der Alarmierung an der Einsatzstelle, nachts innerhalb von 7 Minuten. Das zweite Löschfahrzeug war nach 11 Minuten präsent. Nach dem Gesetz müsste die Wehr nach 10 Minuten nach der Alarmierung am Einsatzort sein. Mit dem Feuerwehrbedarfsplan wird auch das Fahrzeugkonzept dargestellt. Aktuell verfügt Wehr über das LF 8 aus dem Jahr 1981, dem LF 16/12, das 2001 beschafft wurde und dem MTW. Das LF 16/12 wurde beschafft um alles Technische im Fahrzeug unterzubekommen. Bei Großbränden und anderen Einsätzen habe sich gezeigt, dass die Wehr damit gut umgehen kann. Das LF 8 ist veraltet und soll daher durch das LF 10 ersetzt werden. Im Gemeinderat wurde der Plan beraten und nachgefragt, ob in Zell Betriebe mit vielen Gefahrstoffen vorhanden seien. Von der Wehr wurde darauf geantwortet, dass es keinen Betrieb mit zu vielen Gefahrstoffen gebe, allerdings bestehe das Einkaufszentrum und das Altenpflegeheim, bei denen es im Einsatzfall um Menschenbergung gehe. Bei kleineren Fahrzeugen sei dies bereits ab 10 Jahren möglich. Das LF 8 der Gemeinde sei ein gutes Fahrzeug aber nicht auf dem aktuellen Stand der Technik. BM Link dankte für die ausführlichen Erläuterungen der Feuerwehr und erklärte, dass man mittelfristig die Ersatzbeschaffungen planen müsse. Als nächstes stehe der Austausch des MTW für die Jahre 2016/2017 an. BM Link dankte für das Engagement der Feuerwehr und erklärte, dass die Wehr das einzige Instrument sei, über das er bei Notfällen wie Hagel, Sturm oder sonstigem auf die Feuerwehr zugreifen könne, die Menschen und Sachwerte rettet. Er sprach seinen besonderen Dank an die Gesamtwehr für die geleistete Arbeit beim Bedarfsplan aus. Einstimmig wurde vom Gremium dem Feuerwehrbedarfsplan zugestimmt.

Bausachen

Das kommunale Einvernehmen wurde zu folgenden Bauanträgen erteilt:

1. Neubau einer Montage- und Lagerhalle und 3 Freistellplätze, Jurastr. 14
2. Antrag auf Trauferhöhung, Bauvorhaben auf dem Flst. 2046/3+4 Ahornweg,
3. Neubau eines Wohnhauses mit Einliegerwohnung, Aichelberger Weg 8
4. Veränderung im Bereich der Garage / Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage Fliederweg 14,
5. Die Gemeinderäte wurden informiert, dass die Trafostation beim Einkaufszentrum Reutter abgebrochen und durch eine modernere Station ersetzt wird.

Änderung der Hauptsatzung – Neufassung

Im Rahmen der Klausurtagung im April 2015 hat der Gemeinderat die Änderung der Hauptsatzung angesprochen. Seit unzähligen Jahren wurden die Beträge, die in der Zuständigkeit des Bürgermeisters nach § 8 der Hauptsatzung liegen, nicht erhöht. Ebenso unberücksichtigt blieben Preissteigerungen, die die Ausgaben für die Gemeinde deutlich erhöht haben. Aus diesem Grund sollen die Beträge, die im Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters liegen, angepasst werden, um diese Angelegenheiten als Geschäft der laufenden Verwaltung erledigen zu können. Zudem wurde von Verwaltungsseite betont, dass die BMs der umliegenden Gemeinden höhere Entscheidungsbefugnisse haben. Dem Rat wurde nun die Änderung der Hauptsatzung vorgelegt. Aus der Mitte des Gremiums wurde beantragt, die Bewilligungshöhe für Freiwilligkeitsleistungen die nicht im Haushaltsplan ausgewiesen sind, nicht auf den doppelten Satz zu erhöhen, sondern bei 1.000 € zu belassen. Der Antrag wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend stimmte der Gemeinderat der Neufassung der Hauptsatzung einstimmig zu.

Umsetzung der Grüngutkonzeption

Die Gemeinderäte erhielten zur Umsetzung der Grüngutkonzeption die Sitzungsvorlage des Kreistagsausschusses. Zudem wurde auf den Pressebericht der NWZ vom 23.04.2015 zu dem Thema verwiesen. Laut der Vorlage soll ein Grüngutplatz in Hattenhofen errichtet werden, in Zell hingegen nicht. Deshalb müsse der Gemeinderat diskutieren ob, sofern die Entscheidung für den Standort Hattenhofen letztendlich kommen werde, auf der Zeller Gemarkung am Zeller Berg ein Sammelplatz eingerichtet werden soll mit den entsprechenden Auflagen, die der Landkreis fordert. BM Link betonte, dass ein Sammelplatz für die Gemeinde seines Erachtens nach weiterhin notwendig ist und er diesen beibehalten möchte. Für den Grasabfall müsste die Fläche befestigt werden, der Sammelplatz umzäunt und Öffnungszeiten festgelegt werden. Für Holziges Material werde keine Befestigung erforderlich, wobei man letztendlich die Entscheidung durch den Kreistag abwarten müsse. Im Gemeinderat wurde die Situation ausführlich diskutiert und darum gebeten, dass man darauf achten sollte, dass man zur Anlieferung gut anfahren und das Material leicht entladen könne. Die geforderte Entwässerung bei einem Sammelplatz wurde hinterfragt, wobei BM Link erklärte, dass kein Kanalanschluss erforderlich sei. Eventuell ein Becken zur Sammlung des Wassers wobei in der Vorlage des Landratsamts auch bei einem Grüngutplatz in Hattenhofen lediglich ein Anschluss an den Regenwasserkanal gefordert wird. Der Vorsitzende erklärt, dass der Beschluss für einen Grüngutplatz in Hattenhofen noch nicht gefasst worden sei und man auf jeden Fall versuche, an dem Thema dran zu bleiben. Durch den Protest der Kommunen konnte doch schon einiges erreicht werden wie z.B. eine Containerlösung. Der Gemeinderat nahm die Ausführung zur Kenntnis und wird die Entscheidung auf Landkreisebene abwarten und dann das Thema Sammelplatz aufgreifen.

Vorberatung der Zweckverbandsversammlung des Gewerbeplatzes Wängen am 05.05.2015

Bei der am 05.05.2015 stattfindenden Sitzung des Zweckverbands „Gewerbeplatz Wängen“ stehen die Punkte Feststellung der Jahresrechnung 2014, Bericht zum derzeitigen Entwicklungsstand des Gewerbeplatzes und Verschiedenes auf der Tagesordnung. Im nichtöffentlichen Teil wird über die Gewerbebauplatzvergaben bzw. Gewerbebauplatzanfragen entschieden sowie die weitere gewerbliche Entwicklung im Westraum des GVV Raum Bad Boll besprochen.

Vorberatung der Verbandsversammlung des GVV Raum Bad Boll am 20.05.2015

Auf der Tagesordnung stehen die Ordnungs-, Sicherheits- bzw. Verkehrsfragen im Raum Bad Boll zur Kriminalstatistik 2014, die Breitbandberatung durch die Firma GEO DATA GmbH. Die 3. punktuelle Fortschreibung des Flächennutzungsplans sowie die Feststellung der Jahresrechnung 2014.

Bekanntgaben

1. Zum 31.12.2014 waren auf die Einwohner auf die Gemeinde insgesamt 3.080 Fahrzeuge zugelassen, davon 2.167 PKW, 131 LKW und 259 Krafträder.
2. Am 14.04.2015 fand eine Verwaltungsratssitzung des Schulverbands „Westliche Voralb“ statt. Dabei wurden die Schülerzahlen für das kommende Schuljahr genannt. Für die Gemeinschaftsschule in Albershausen haben sich für das neue

Schuljahr 11 Schüler aus Zell, 8 aus Hattenhofen und 8 aus Aichelberg angemeldet. Insgesamt erfolgte die Anmeldung von 61 Schülern in der Gemeinschaftsschule in Albershausen. Die nächste Schulverbandssitzung findet am 24.06.2015 statt.

3. Das Statistische Landesamt hat die Bevölkerungszahl der Gemeinde fortgeschrieben. Zum 30.09.2014 waren 3.023 Einwohner in der Gemeinde gemeldet, davon 1.544 Männer und 1.479 Frauen.

Verschiedenes

1. Im Rahmen der Klausurtagung hat der Gemeinderat eine Projektliste für die nächsten 10 Jahre erstellt, diese wurde nun ausgewertet und an die Gemeinderäte ausgegeben. Damit wurde die Gewichtung der kommunalen Arbeit festgelegt, wobei ein Hauptschwerpunkt auch mit der Verkehrsregelung ein Kreisel am Kreuzungsbereich K1421/L1214 vorgesehen ist. An dieser Stelle wurde von der Verwaltung erklärt, dass im Rahmen eines Wasserrohrbruchs in den Brunnenwiesen festgestellt sei, dass dort auch die Wasserleitung ausgetauscht werden müsse.
2. BM Link berichtete zur Unterbringung von Flüchtlingen im Anschluss an das Asylbewerberverfahren, dass aktuell die Gemeinde 6 Personen aufnehmen müsse, bei weiter steigenden Flüchtlingszahlen erfolgt eventuell eine Erhöhung auf 12 Personen. Seit November 2014 erfolgten Zuweisungen, wobei die Personen lieber in Göppingen wohnhaft bleiben wollten. Neue Zuweisungen stehen für den Juni an. Nach wie vor ist die Gemeinde auf der Suche nach geeigneten Unterkünften, die für diese Zwecke angemietet werden können.
3. Es wurde darauf hingewiesen, dass am Ende des Fliederwegs ein Estrichsilo auf der Straße aufgestellt sei und Fahrzeuge nun über Wiesen fahren. Die Verwaltung erläutert darauf, dass für die Aufstellung die Genehmigung des Landratsamts vorhanden sei, die Firma jedoch die entsprechende Umleitung nicht ausgeschildert habe.
4. Zur LKW Parksituation wurde nachgefragt, ob die Lösung mit den Parkausweisen für LKW-Fahrer weiterverfolgt werde. BM Link erklärt, dass leider die Spedition im Raubis die Parksituation verschlechtere und vorhandene Straßen verunreinige. Er werde versuchen mit Herrn Moser vom Straßenverkehrsamt im Landratsamt nach dessen Urlaub einen Termin zu vereinbaren, um das weitere Vorgehen bzw. Lösungsansätze zu besprechen.